

Pressemitteilung

64 Anträge und 75 Anfragen zu Haushalt 2004 und Mittelfristigen Investitionsplan

Mit knapp 140 Anträgen und Anfragen zu den diesjährigen Haushaltsberatungen möchten Die Guten zum einen der zunehmenden Entpolitisierung der für die Weiterentwicklung unserer Stadt wichtigen Stadtratssitzung entgegentreten, zum anderen zeigen, dass es sehr wohl möglich ist, trotz der notwendigen Einsparungen auch Investitionen in neue Richtungen zu tätigen. Darüber hinaus richten sich eine Vielzahl der Anfragen zum Haushalt an die Adresse einzelner Dienststellen zu mehr Kostentransparenz und –ehrlichkeit und stellen auch Fragen nach der Sinnhaftigkeit einzelner Maßnahmen. Wir sind der Meinung, dass immer noch sehr viel an der Effizienz gearbeitet werden muss, bevor man städtischen Besitz aufgibt oder Angebote für die Bürger völlig wegfallen lässt oder in kommerzielle Hände abgibt.

In der Bilanz bleibt, trotz einiger neuer Maßnahmen, eine Einsparsumme von knapp 10 Millionen Euro gegenüber dem Haushaltsansatz 2004 durch unsere Anträge als Saldo.

Größte Veränderungen beantragen wir im Bereich des Verkehrs: Im ÖPNV fordern wir einen Ausstieg aus dem Weiterbau der U3 ab Gustav-Adolfstrasse und Maxfeld bei gleichzeitigem Einstieg in neue Stadtbahntrassen: Mit einem Bruchteil der für den U-Bahnbau benötigten Mittel kann in bedeutend kürzerer Zeit eine Verbindung zwischen Hallertor und Rathenauplatz, der überfällige Bau der Stadtbahn nach Erlangen und der Beginn der Baumassnahmen von Gibitzenhof nach Kornburg in Angriff genommen werden.

Des weiteren fordern wir eine Reduzierung des Standards für Straßenbaumaßnahmen sowie einen Stopp der Pläne für eine zusätzliche Flughafenanbindung, den Weiterbau der Bamberger Strasse und der Höfener Spange und beantragen die Aufnahme der Umbaumaßnahme Tullnaustrasse in den MIP.

Stattdessen fordern wir größere Investitionen im Bereich Umwelt. Erhöhung des Etats für den Radwegeausbau, für Neupflanzung und Sanierung von Straßenbäumen, für Renaturierung von Wasserläufen und für Landschaftsschutzmassnahmen.

Wir beantragen höhere Mittel für den sozialen Wohnungsbau, für den Bau von Spielhöfen und fordern eine Umsetzung des Beschlusses, ein Kinder- und Jugendhaus in den Siedlungen Süd (Gartenstadt) zu schaffen.

Wir fordern den Erhalt der städtischen Schulschwimmbäder in der Hegelschule und der Insel Schütt und beantragen weniger Zuschüsse für vereinseigene Sportanlagen.

Einsparungen im Haushalt von über sieben Millionen € ergeben sich durch 5% ige Kürzung der Aufwandsentschädigungen für die Stadträte wie auch für die Fraktionen und –gruppen, durch den Wegfall der Gratis-Speisungen für Stadträte in der städtischen Kantine, deutliche Reduzierung der Aufwendungen für den Straßenunterhalt und den Winterdienst, die Erhöhung der Grundsteuer um 7,5% sowie die Erbringung einer tatsächlichen Einsparung des Theaters in Höhe der ursprünglich geplanten Summe. Es geht nicht an, dass das Theater als einzige Dienststelle keine Einsparungen vornehmen muss, nur weil sich der Zuschuss stärker von der städtischen zur Landesebene verlagert. Kleinere Erhöhungen beantragen wir für den Etat Kultur in der Stadt, den Fonds für die freien Theatergruppen, für das Gostner Hoftheater, für das Medienzentrum Parabol, den Bund Naturschutz, Fliederlich e.V., Cassandra und das Amt für Internationale Beziehungen. Kleiner Reduzierungen beantragen wir bei den Mitteln für den Verkehrsverein, für die Werbemaßnahmen der Bestattungsanstalt sowie massvollere Erhöhungen für die Dolmetscherarbeiten des Einwohnermeldeamtes. Statt der Pläne, das städtische Haus in Ruhpolding zu verkaufen, beantragen wir, nach Wegen zu suchen, das Haus kostendeckend zu betreiben.

Reform statt Kahlschlag! Wir sind der Meinung, dass das Motto stimmt, nur der Auftrag noch lange nicht angekommen ist: Reform ist nötig. Wenn das nicht verstanden wird, ist Kahlschlag die Folge. Bestes Beispiel ist der Auftritt der Bürgermeister und Oberbürgermeister der Region im städtischen Volksbad, das vor knapp hundert Jahren durch Druck der Bevölkerung gebaut wurde und heute ein Gebäude ist, das keiner nutzt, keiner haben will und in das in den vergangenen Jahrzehnten von der Kommune Millionen investiert wurden.

Reform heißt: Kontrolle. Und diese scheint bis heute nicht zu existieren. Denn wie sonst wäre es zu erklären, dass es heute noch Dienststellen in der Stadt Nürnberg gibt, die unkontrolliert Abrechnungen liefern können, die hinten und vorne nicht stimmen. Deshalb haben wir viele Anfragen gestellt, die dazu führen sollen, eine bessere Kostentransparenz herzustellen. Gleichzeitig fragen wir in vielen Fällen nach der Effektivität einzelner Angebote. Herzu zählt auch die Frage, ob es sinnvoll ist, die Aufgabenbereiche der Verwaltungsämter, die ja ein Relikt aus der Gemeindereform vor über 30 Jahren darstellen, in dem bisherigen Umfang weiterzuführen. Das Thema bessere Kostenbeteiligung der Bewohner der Umlandgemeinden an den Angeboten der Stadt Nürnberg möchten wir mit unseren Antrag der Einführung einer „noris-card“ aufgreifen.

mit freundlichen Grüßen,

(Stephan Grosse-Grollmann, Stadtrat)